

„Wir brauchen ein sozialkulturelles Minimum!“

Diskussion zum Thema „Armut“ bei „Fraktion vor Ort“ im Neusser Zeughaus

Rund 40 interessierte BürgerInnen folgten am Freitagabend der Einladung der Bundestagsfraktion DIE LINKE in den Roten Saal des Neusser Zeughaus. Unter der Fragestellung: „Neue Armut in den Kommunen – Hintergründe, Entstehung und Gegenstrategien diskutierten sie dort mit den beiden Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Paul Schäfer und Inge Höger, mit Prof. Dr. Gerhard Bäcker von Uni Duisburg-Essen und mit Frank Jäger vom Selbsthilfverein Tacheles e.V..

Gerhard Bäcker eröffnete die Diskussion mit aktuellen Zahlen zur Armutssituation in Deutschland: „Nach einer aktuellen Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung haben mehr als zehn Millionen Menschen in der BRD weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zu Verfügung und gelten damit als arm. Aber Armut lässt sich auch anhand der Lebenssituation messen. Dabei sind Faktoren, wie die Größe des Wohnraums, die Gesundheit und die Teilhabe am wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen Leben entscheidend. Und vor allem in dieser Hinsicht sind Kinder und Jugendliche von Armut betroffen – Armut ist jung! Wir brauchen ein sozialkulturelles Minimum. Die neue Kindergelderhöhung, die auf Hartz IV angerechnet wird, ist zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut absolut nicht geeignet! Wer von Kinderarmut redet, darf nicht so tun, als ob das eine geeignete

Gegenmaßnahme wäre.“ Bäcker erinnerte daran, dass sich vor zehn Jahren die damalige CDU-Familienministerin Nolte noch geweigert habe, in einem reichen Land von Armut zu sprechen. Seit der Armuts- und Reichtumsbericht regelmäßig erstellt werde, habe sich zwar der Diskurs geändert, aber die Erkenntnisse hätten nicht zu einem Politikwechsel geführt.



Inge Höger, MdB, erläuterte die politischen Forderungen der Bundestagsfraktion DIE LINKE zur Armutsbekämpfung. „Wir fordern zum einen die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen, damit Familien von Arbeit wieder leben können. Außerdem fordern wir eine umfassende finanzielle Besserstellung von Kindern - eine Kindergrundsicherung. Kinderarmut führt auch zur Bildungsarmut und damit zu sozialer Armut – das ganze Umfeld wird arm an Möglichkeiten sich zu entwickeln, die Kinder geben sich auf. Auch wenn in wohlhabenderen Gegenden zahlenmäßig weniger Kinder arm sind – die Stigmatisierung und Ausgrenzung der betroffenen Kinder ist da dann umso größer – das habe ich auch bei meinem Besuch hier in der Region erfahren.“ Sie stellte außerdem das 5-Punkte-Sofortprogramm gegen Kinderarmut der Bundestagsfraktion vor (mehr Informationen dazu unter: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7705279667.pdf>)

Frank Jäger erinnerte daran, dass die neue Armut nicht mit Hartz IV plötzlich vom Himmel gefallen sei, sondern ein ganzes Bündel von Gesetzen habe Leiharbeit, Niedriglöhne und Repressalien gegen Erwerbslose salonfähig gemacht. Er beschrieb außerdem eine Entwicklung, die mit dem Zunehmen der Tafeln und Suppenküchen in den Städten einhergehe: „Wir beobachten eine ‚Vertafelung‘ der Gesellschaft. Der Sozialstaat wird zum Wohltätigkeitsstaat – der Rechtsanspruch des Einzelnen wird zu einer wohl­tätig gewährten Leistung. Inzwischen werden den Betroffenen bei manchen Argen sogar Gutscheine verweigert, mit dem Hinweis, sie sollten die Leistungen von Tafeln in Anspruch nehmen. Die Lebensmittelkonzerne und Supermärkte unterdessen können sich mit der steuerliche absetzbaren Spende ihrer abgelaufenen Produkte das Gewissen reinwaschen. Diese Entwicklung ist absolut besorgniserregend.“

Paul Schäfer, MdB, wies auf die zu erwartende Verschärfung der Armutssituation im Zuge der Finanzkrise hin: „Die Armut wird zunehmen. Wir sind als LINKE jetzt in der Situation die Weichen zu stellen, für eine andere und sozial gerechtere Politik, mit alternativen wirtschaftlichen Forderungen: z.B. der nach einem Zukunftsinvestitionsprogramm zu Stärkung der Binnennachfrage und Investitionen in Bildung und erneuerbare Energien. Wir sind an einem Wendepunkt angekommen. Der Neoliberalismus konnte seine Versprechen nicht halten und die Menschen erkennen das. Und nun, nachdem über Nacht astronomische Summen für die Banken bereitgestellt wurde, kann niemand mehr ernsthaft behaupten, die sozialpolitischen Forderungen der LINKEN seien nicht bezahlbar!“